



PRESSEKONFERENZ

- **1.000 Bäume für das Linzer Stadt-Klima und Rathaus-Task-Force für Stadtnatur, Klima- und Umweltschutz**
- **ÖVP-Offensive für Sanfte Mobilität: E-Scooter-Strategie und mehr Geld für Linzer Radler**
- **Definitive Rücknahme von Drogen-Treff im Bergschlösslpark**
- **Linzer Ärzte-Zentren: Attraktive Rahmenbedingungen für Mediziner schaffen**
 - **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier**
 - **Klubobmann Martin Hajart**

Dienstag, 2. Juli 2019

10.30 Uhr

OÖ Presseclub, Saal D

„1.000 zusätzliche Bäume für Linzer Stadt-Klima pflanzen! – Rathaus-Task-Force soll gemeinsam Emergency-Plan sowie langfristige Strategie für Stadtnatur-Umwelt-und Klimaschutz erarbeiten.“

In der Linzer Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag wird der Klimaschutz (ein Viertel der Fraktionsanträge befasst sich damit) eines der zentralen Themen einnehmen. **Der für Stadtnatur und Lebensqualität zuständige Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** nimmt die aktuellen klimatischen Entwicklungen zum Anlass, um **innerhalb der nächsten 3 Jahre 1.000 zusätzliche Bäume** in Linz zu pflanzen. *„Aktuell setzen wir in Linz pro Jahr rund 350 Bäume, die in der stadteigenen Baumschule herangezogen werden. Diese Zahl der Eigenproduktion wollen wir verdoppeln“*, erklärt **Baier**. Diese notwendige Klima-Maßnahme für Linz sei durch das reguläre Ressort-Budget mit gegebenenfalls geringfügigen Aufstockungen sicherzustellen, erklärt **Baier**.

Zum Pflanzzeitpunkt sollen die Bäume bereits zwischen 8 und 10 Jahre alt sein, um bereits als Schattenspender eingesetzt werden zu können, weiß **Baier**: *„Bäume sind ökologische Hybride und wahre Multitalente der Stadtnatur. Sie sind gleichzeitig urbane Klimaanlage, Naherholungsoasen, Schattenspender, grüne Lunge und Trinkwasserfilter.“*

Weiteres setzt sich **Baier** für eine **Task Force im Magistrat** ein, die an einem **Emergency-Plan für Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt** arbeiten und so mittel- und langfristige Maßnahmen für das Stadtklima entwickeln soll. Dieses Team soll Experten der Stadtplanung, des Tiefbaus, des Bereichs Technik und Umwelt und der Stadtgärtnerei enthalten. *„Hier sollen Grundlagen für die Planung sowie ein Szenario entwickelt werden, wie als kurz- und mittelfristige Maßnahme innerhalb der nächsten 3 Jahre 1.000 zusätzliche Bäume in der Stadt gepflanzt werden können“*, erklärt **Baier**. Ein zweites Szenario müsse für die kommenden 10 bis 20 Jahre erarbeitet werden, dieses soll sich mit der langfristigen Sicherung und dem Ausbau der Grünflächen in Linz beschäftigen. Schließlich sei in der Vergangenheit das Stadtplanungsressort jahrelang in SPÖ-Hand gewesen und hier habe großzügig die „Betonierer“-Mentalität Einzug gehalten. Urbane Heat-Islands wie der Pfarrplatz oder der Martin-Luther-Platz mitten in der Linzer Innenstadt seien so entstanden. Und erinnert sei vor allem auch daran: Der aktuell zuständige FPÖ-Planungsreferent Hein hat im Frühjahr 2018 einen Grünflächenplan für Linz vorgestellt, der bei Neubauten künftig weniger Grünflächen

vorschreiben und den Baumschutz aufweichen wollte. Nur durch massiven politischen Druck vor allem aus den Reihen der ÖVP kam es nicht dazu.

ÖVP-Dringlichkeitsantrag für E-Scooter-Strategie in Linz: Städte wie Singapur, Paris, Denver oder Tel Aviv als Vorbild

„Ja zur E-Mobilität, aber auch hier müssen Regeln eingehalten werden. Denn auch Scooter-Fahrer leben nicht im rechtsfreien Raum“, fordert **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** in einem Dringlichkeitsantrag am Donnerstag im Gemeinderat eine E-Scooter-Strategie nach Vorbild Paris, Tel Aviv, Denver oder Singapur. Unfälle und kreuz und quer liegende Scooter auf Straßen und Gehwegen machen ein umgehendes Handeln notwendig. Außerdem gingen der Polizei bei einer zweiwöchigen Schwerpunktkontrolle in Linz kürzlich 13 betrunkene E-Scooter-Fahrer ins Netz. *„Eine ernüchternde Bilanz, die zeigt, dass sowohl Benutzer, als auch Anbieter in die Pflicht genommen werden müssen“*, so **Baier**.

Konkret geht es um eine Erarbeitung und Umsetzung einer Micro-Mobility-Strategie in Zusammenarbeit mit den Anbieterfirmen. Denn seitdem am 1. März die erste Firma ihre E-Scooter in Linz aufgestellt hat, ist das Angebot mittlerweile auf 5 Betreiber angewachsen, die zusammen rund 1.000 Scooter in Linz platzieren. Neben Anzeigen und Organstrafverfügungen ergeben sich leider gehäufte Unfallzahlen und besorgniserregende Leichtfertigkeit bei der Nutzung der Scooter, die Gefährdungspotential für die Allgemeinheit aufweist. Insbesondere Fußgänger, Blinde, ältere Menschen, aber auch Kleinkinder sind betroffen.

Mit 1. Juni ist die 31. StVO-Novelle in Kraft getreten und dort werden grundsätzlich die Ausrüstungs- und Verhaltensvorschriften für das Fahren mit E-Scootern geregelt. E-Scooter werden nunmehr den Fahrrädern gleichgestellt und dürfen auf allen Fahrbahnen gefahren werden, auf denen auch das Radfahren erlaubt ist. Das Befahren von Gehsteigen, Gehwegen und Schutzwegen ist verboten, was allerdings oftmals unbeachtet bleibt. **In der Folge sollte nun gemeinsam mit den Anbietern ein Linzer Maßnahmenkatalog entwickelt werden, um die speziellen Notwendigkeiten in Linz bzw. die städtischen Interessen geltend zu machen. Zudem sind die LinzLinien in die Strategieentwicklung einzubeziehen.**

Eine jährliche Lizenz für Anbieter von elektrischen Kleinrollern würde der Kooperationsforderung den nötigen Nachdruck geben und der Stadt die Möglichkeit, zukünftig regulierend zu wirken, sofern notwendig. So liegt eine Zusammenarbeit jedenfalls auch im Interesse der Anbieter. Und deren bis dato erhobenen Daten erlauben konkrete Verbesserungsansätze.

Linz ist bekanntlich nicht die erste und sicher nicht die einzige Stadt mit dieser Problemlage. Erst kürzlich wurde in Wien mit der Initiative „Sicher am E-Scooter“ auch eine „Deklaration für mehr Sicherheit und ein respektvolles Miteinander“ öffentlichkeitswirksam umgesetzt. Dieses Beispiel und weitere aus Denver, Paris, Tel Aviv oder Singapur sollen Basis zur Entwicklung einer proaktiven Haltung in Linz sein.

Ziel ist es insgesamt, dass Nutzer, Anbieter, Polizei und Verwaltung an einem Strang ziehen und gemeinsam zur Verbesserung beitragen.

Gemeinderatsantrag ÖVP und Grüne: Radverkehrs-Offensive für Linz: Nur 1,20 pro Kopf für Radler in Linz – Salzburg gibt pro Einwohner mehr als 10 Mal so viel für das Radfahren aus.

Der Linzer Gemeinderat hat 2012 einstimmig beschlossen, dass sich der Radverkehrsanteil in Linz bis zum Jahr 2020 auf **mindestens 15 Prozent** erhöhen soll. Laut letzten Angaben liegt der Anteil in Linz aktuell aber immer noch nur bei 8,1 Prozent. *„Die Bemühungen des städtischen Verkehrsressorts sollen nicht geschmälert werden, allerdings zeigen die nackten Zahlen auf, dass in Linz viel zu wenig für den Radverkehr getan wird,“* so **ÖVP-Klubobmann Martin Hajart**.

Im „**Geh- und Radwegbudget**“ der letzten drei Jahre standen in Linz **1,150.000 €** zur Verfügung. Ausgegeben wurden jedoch nur **377.929 €**; 772.071 € weniger als möglich. Das heißt: von 2016 bis 2018 wurde nur ein Drittel des Radwegbudgets auch ausgegeben. Schaut man sich Salzburg an, sieht das gleich ganz anders aus: Bei einem Radwegbudget von 2 Millionen € investiert **Salzburg jährlich 13 € pro Einwohner**. **Linz investierte im Durchschnitt der letzten drei Jahre nur rund 1,2 € pro Einwohner (Ein Zehntel dessen, was Salzburg ausgibt).**

Bei den **Radabstellanlagen** gab es in Linz 2016 zwar eine erfreuliche Offensive. Doch in den letzten beiden Jahren wurden jeweils nur rund 15.000 € ausgegeben, obwohl

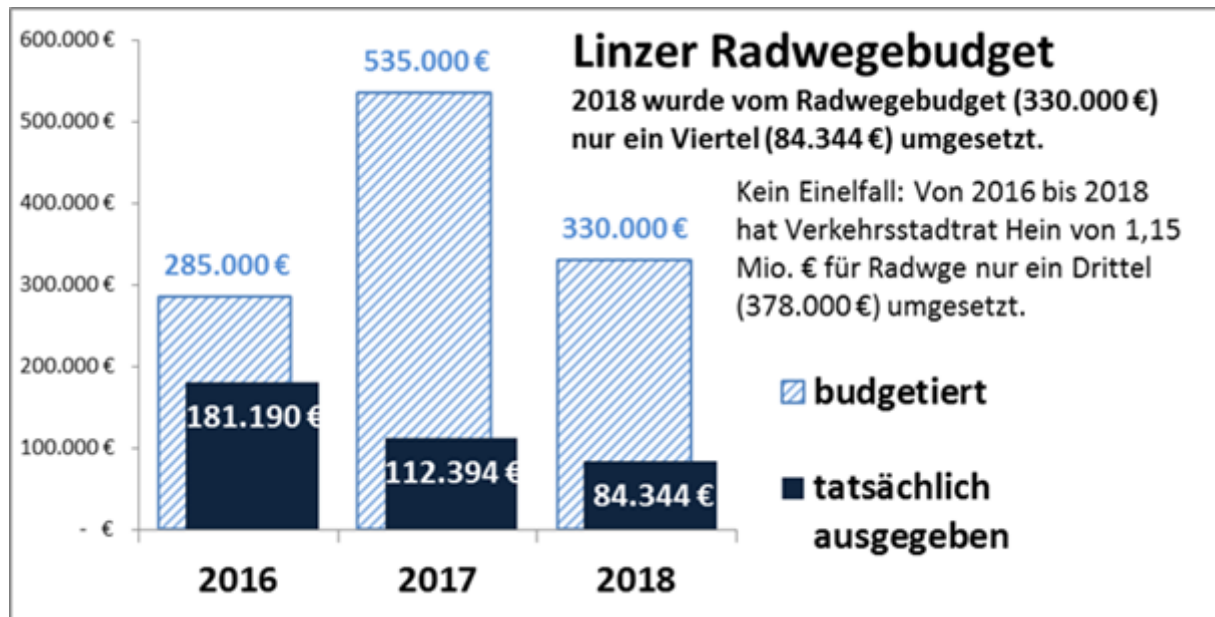
das Doppelte (30.000 € bzw. 35.000 €) zur Verfügung gestanden wäre.

In Linz fehlt eine offizielle, transparente und übersichtliche Darstellung, was die Stadt Linz budgetär für den Ausbau des Radwegenetzes und zur Erhöhung des Radverkehrsanteils auf 15 Prozent, wie vom Gemeinderat 2012 beschlossen, leistet. Deshalb sollte im für Planung und Verkehr zuständigen Ausschuss zwei Mal im Jahr ein **Bericht zu den geplanten und zu den umgesetzten Maßnahmen** für die Erhöhung des Radfahranteils, mit den jeweiligen Budgetansätzen präsentiert werden.

Klubobmann Martin Hajart: *„Nicht länger auf der Stelle sondern ordentlich in der Pedale treten, das muss das Motto für die Linzer Radverkehrs-Infrastruktur sein. Mit einem durchgehenden Radweg vom Hauptbahnhof bis zur Uni, dem Ausbau der Nibelungenbrücke für Radler und einem radfitten Hafenviertel. Denn sichere und komfortable Radwege sind das A und O für urbane Mobilität und damit auch ein Lebensqualitäts-Faktor in der Stadt.“*

Bereits im September 2018 haben ÖVP und DIE GRÜNEN unabhängig voneinander unter Hinweis auf das **Vorbild Salzburg** einen Antrag für ein „transparentes Radwegbudget“ bzw. für eine „Radverkehrsoffensive – Budget 2019“ eingebracht, die jedoch durch **Stimmenthaltung von SPÖ und FPÖ** keine Mehrheit fanden.

Soll die Erhöhung des Radverkehrsanteils kein Lippenbekenntnis bleiben, braucht Linz eine Radverkehrsoffensive. Linz kann dabei von der Radfahrhauptstadt Salzburg lernen und sich vom Salzburger Radwegbudget motivieren lassen.



Bewertung der jüngsten Presseaussendung von Vbgm Hein:

- Vbgm Hein weist in den FPÖ-Presseaussendungen zu den Rad-Infrastrukturprojekten 2018 und 2019 Projekte doppelt aus.
- Außerdem werden auch laufende Ausgaben (wie Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung) beim Investitionsbudget dazugezählt und vermengt.
- Offizielle, nachvollziehbare und überprüfbare Zahlen werden von städtischer Seite nicht präsentiert. Denn auf der Homepage der Stadt finden sich zum Radwegbudget keine Angaben.
- Vbgm Hein veröffentlichte seine Aufstellungen zu Radwegprojekten nur als Aussendung auf der FPÖ-Linz-Seite. Wer sich als Linzer Bürger darüber informieren will, muss auf die FPÖ-Linz-Seite gehen.
- Für den Fall, dass die Stadt Linz im Jahr 2019 die veranschlagten Mittel vollständig ausschöpft, erhöht sich das investive Radwegbudget der Stadt (inkl. Radabstellanlagen) von 1,2 €/Kopf auf 1,3 €/Kopf (im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 – der Zuständigkeit von Vbgm Hein).

ÖVP Gemeinderatsantrag: Definitive Rücknahme der „Drogen-Ersatzfläche“ im Linzer Bergschlösslpark – Städtischer Aktionsplan gegen Drogenkonsum

Während bislang wiederholte Bestrebungen, einen städtischen Aktionsplan gegen Drogen aufzustellen, nicht die nötige Mehrheit im Gemeinderat fand, verkündeten Bürgermeister Luger, Vizebürgermeisterin Hörzing und Sicherheitsstadtrat Raml Mitte März d.J., eine „Drogen-Ersatzfläche“ im Linzer Bergschlösslpark installieren zu wollen. Damit wurden die Anwohnerinnen und Anwohner am Froschberg vor vollendete Tatsachen gestellt.

Nach Bekanntwerden dieses Vorhabens haben sich 1.335 besorgte Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift gegen den umstrittenen Treffpunkt für Drogen- bzw. Alkoholranke ausgesprochen. Dieser lautstarke Appell der Bevölkerung muss ernst genommen werden!

Daher soll die **Drogen-Ersatzfläche im Bergschlösslpark ausnahmslos zurückgenommen** werden, was Bürgermeister Luger bis zuletzt nicht definitiv ausschloss. Schließlich ist der 300 Jahre alte, historisch bedeutende Park eine Naherholungsoase für Familien. Das Naturjuwel muss als Naherholungsfläche für die Wohnbevölkerung erhalten bleiben. Denn immerhin ginge es bei einer lokalen „Drogen-Ersatzfläche“ nicht um eine Lösung der Problematik, sondern lediglich um eine Verlagerung (wie schon die Bezeichnung sagt).

Die Nutzung des Parks als „Drogen-Ersatzfläche“ ist jedenfalls völlig ungeeignet und unverantwortlich, denn in unmittelbarer Nähe befinden sich Hort und Kindergarten sowie der Ziegeleipark, in dem viele Kinder spielen. Ebenso in direkter Nachbarschaft der Bahnhof, welcher immer wieder als Problemzone für Drogenhandel gilt.

„Der Bürgermeister, die Sozialreferentin sowie der Sicherheitsreferent werden beauftragt, die angekündigte Drogensersatzfläche im Linzer Bergschlösslpark definitiv zurückzunehmen. Anstatt dessen soll – um das Problem an der Wurzel zu packen – auf Initiative der zuständigen Stadtsenatsmitglieder ein städtischer Aktionsplan gegen Drogen erarbeitet werden.“

ÖVP-Gemeinderatsantrag: Gemeinsame Kraftanstrengung für Ärztezentren

Die neuen zusätzlichen Ärztezentren leisten einen wichtigen Beitrag zur medizinischen Rundum-Versorgung in Linz. Daher gilt es nun an einem Strang zu ziehen. Die Stadt Linz muss ihre Verantwortung wahrnehmen und attraktive Rahmenbedingungen für die Ärzte in diesen Zentren schaffen.

Denn mittlerweile sind neun von 87 Hausarztstellen mit Kassenvertrag in unserer Landeshauptstadt unbesetzt. Bis 2023 soll sich die Lage weiter zuspitzen, da zahlreiche Ärztinnen und Ärzte in Oberösterreich in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen.

Durch die Etablierung von insgesamt drei Primärversorgungszentren in Linz-Nord, -Mitte und -Süd kann dieser absehbaren Entwicklung positiv begegnet werden, indem dadurch eine moderne, wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichergestellt wird, die sowohl für Ärztinnen und Ärzte, als auch für Patientinnen und Patienten zahlreiche Vorteile bietet. Unter anderem profitieren Ärzte von flexibleren Arbeitszeitmodellen, während den Patienten die längeren Öffnungszeiten und das erweiterte Gesundheitsangebot zu Gute kommen.

Die im letzten Gemeinderat verabschiedete Resolution an die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse und das Land Oberösterreich, mit dem Ersuchen, *„die Rahmenbedingungen für die Ärzteschaft und anderes Gesundheitspersonal zu verbessern, damit für sie die Mitwirkung an einem Primärversorgungszentrum im Stadtteil Grüne Mitte bei einem überschaubaren wirtschaftlichen Risiko möglich ist“*, stellt einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar, um dieses Ziel zu erreichen.

Darüber hinaus muss aber auch die Stadt Linz ihre Verantwortung wahrnehmen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für die Etablierung von Primärversorgungszentren mitwirken. Vor allem in den Bereichen Standort und Infrastruktur kann durch die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten ein wesentlicher Beitrag zur Realisierung von Primärversorgungszentren in Linz geleistet werden.

Der städtische Gesundheitsreferent und die Liegenschaftsreferentin werden daher ersucht, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ihre jeweiligen Möglichkeiten zu nutzen, um einen positiven Beitrag zur Umsetzung des Ziels, je ein Primärversorgungszentrum in

Linz-Nord, -Mitte und -Süd zu errichten, zu leisten (etwa im Hinblick auf die Prüfung geeigneter Liegenschaften die für Primärversorgungszentren zur Verfügung gestellt werden könnten). Über die Fortschritte soll stets zeitnah in den zuständigen Ausschüssen berichtet werden.